

Niederschrift
über die 21. Sitzung des Ausschusses für Inklusion und des Beirates für
Inklusion und Menschenrechte
am 28.11.2019 in Köln, Landeshaus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Ausschuss:

CDU

Hurnik, Ivo
Isenmann, Walburga
Norkowsky, Arnold
Rubin, Dirk
Schittges, Winfried
Solf, Michael-Ezzo
Wöber-Servaes, Sylvia
Wörmann, Josef

Ausschussvorsitzender

SPD

Daun, Dorothee
Lüngen, Ilse
Recki, Gerda
Nottebohm, Doris
Schmerbach, Cornelia
Schulz, Margret

für Meiß, Ruth

für Schmidt-Zadel, Regina

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herlitzius, Bettina
Schmitt-Promny M.A., Karin
Zsack-Möllmann, Martina

FDP

Boos, Regina

Die Linke.

Jacob, Tobias
Rensmann, Rainer Heinz

FREIE WÄHLER

Rehse, Henning

Anwesend vom Beirat:

Ausschuss (Fraktionen siehe oben)

Daun, Dorothee
Solf, Michael-Ezzo
Schmitt-Promny M.A., Karin
Boos, Regina
Rensmann, Rainer Heinz
Rehse, Henning

Beiratsvorsitzende

Landesbehindertenrat NRW

Gabor, Peter
Gottschalk, Berthold
Grimbach-Schmalfuß, Uta
Heiser, Sandra
Romberg-Hoffmann, Ellen

Psychiatrie-Erfahrene

Drögehorn, Sandy

Freie Wohlfahrtspflege NRW

Michel, Claus

Verwaltung:

Lubek, Ulrike	LVR-Direktorin
Lewandrowski, Dirk	LVR-Dezernent Soziales
Bahr, Lorenz	LVR-Dezernent Kinder, Jugend und Familie
Schwarz, Dr. Alexandra	LVR-Dezernat Schulen, Inklusionsamt, Soziale Entschädigung
Brinkmann, Sabine	Leitung Stabsstelle Gleichstellung und Gender Mainstreaming
Woltmann, Bernd	Leitung Stabsstelle Inklusion - Menschenrechte - Beschwerden
Henkel, Melanie	Stabsstelle Inklusion - Menschenrechte - Beschwerden, Protokoll
Laqua, Frank	Referent der Vorsitzenden der Landschaftsversammlung
Stolberg, Evelyn	Fachbereich Kommunikation
Mendard, Alexandra	Stabsstelle Inklusion - Menschenrechte - Beschwerden

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 20. gemeinsame Sitzung von Ausschuss und Beirat vom 10.10.2019
3. Umsetzung des BTHG
- 3.1. Sachstandsbericht zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) im LVR-Dezernat Soziales **14/3713 K**
- 3.2. Umsetzung BTHG: Rahmenvereinbarung zur Weiterentwicklung und Umsetzung des NRW-Weges zur Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit sehr hohem und/oder sehr besonderem Unterstützungsbedarf **14/3718 K**
4. Inklusiver Arbeitsmarkt
- 4.1. Akquise von Mitarbeitenden mit Behinderung im LVR für die Laufbahngruppe 2, erstes und zweites Einstiegsamt (vormals gehobener und höherer Dienst); Haushalt 2019 **14/3686 K**
- 4.2. Förderung des zweijährigen Modellprojekts "Beschäftigung eines/einer „Fachberater*in für inklusive Bildung“ bei der Industrie- und Handelskammer zu Köln" **14/3671 K**
5. Kinderrechte
- 5.1. Bedeutung der UN-Kinderrechtskonvention für die Arbeit der zentralen Adoptionsstelle **14/3712 K**
- 5.2. Seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärken durch integrierte Behandlung und Rehabilitation durch Kinder- und Jugendpsychiatrie in den Regionen **14/3736 K**
- 5.3. Kooperationen zwischen LVR-Förderschulen und allgemeinen Schulen sowie weiteren Partnern **14/3723 K**
6. Haushalt
- 6.1. Vielfalt und Gerechtigkeit im LVR: Weiterentwicklung der Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit des LVR im Sinne des sog. Diversity-Ansatzes; Haushalt 2020/2021 **Antrag 14/308 SPD, CDU E**
- 6.2. BTHG als Impulsgeber für inklusive Sozialraumorientierte Stadtteilentwicklung; Haushalt 2020/2021 **Antrag 14/286 CDU, SPD E**
- 6.3. Modellprojekt Inklusiver Sozialraum **Antrag 14/315 GRÜNE E**
- 6.4. Antrag zum Doppelhaushalt 2020/2021: Fördertopf inklusive Spielgeräte **Antrag 14/272/1 FREIE WÄHLER E**

- | | | |
|-------|--|---------------------------------------|
| 6.5. | Gleichwertige Lebensverhältnisse an den LVR-Förderschulen und Förderung der schulischen Inklusion; Haushalt 2020/2021 | Antrag
14/287 CDU, SPD E |
| 6.6. | Sicherstellung der Beschulung der Schüler*innen in den LVR-Förderschulen und Förderung der schulischen Inklusion; Haushalt 2020/2021 | Antrag
14/283 CDU, SPD E |
| 6.7. | Fortführung der LVR-Inklusionspauschale | Antrag
14/330 GRÜNE E |
| 6.8. | Haushalt 2020/2021 Haushaltsanträge der Fraktionen: Fortführung der Inklusionspauschale | Antrag
14/334 Die Linke. E |
| 6.9. | Besuch von Schülerinnen und Schülern der LVR-Schulen in LVR-Museen | Antrag
14/323 GRÜNE E |
| 6.10. | Schulische Inklusion muss sich im Arbeitsleben fortsetzen; Haushalt 2020/2021 | Antrag
14/282 CDU, SPD E |
| 6.11. | Eltern beraten Eltern | Antrag
14/311 GRÜNE E |
| 6.12. | Haushalt 2020/2021 Haushaltsanträge der Fraktionen: Systemische Elternberatung | Antrag
14/335 Die Linke. E |
| 6.13. | Zertifikatskurs "Inklusion im Elementarbereich" | Antrag
14/312 GRÜNE E |
| 6.14. | Digitalisierung für Menschen mit Behinderung nutzbar machen; Haushalt 2020/2021 | Antrag
14/289 CDU, SPD E |
| 6.15. | Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten effektiv unterstützen!
Haushalt 2020/2021 | Antrag
14/288 CDU, SPD E |
| 6.16. | Angemessene und rechtzeitige Hilfsmittelversorgung; Haushalt 2020/2021 | Antrag
14/297 SPD, CDU E |
| 7. | Anfragen und Anträge | |
| 8. | Bericht aus der Verwaltung | |
| 9. | Verschiedenes | |

Nichtöffentliche Sitzung

- | | | |
|-----|---|------------------|
| 10. | Auswahl der Preisträger*innen für den Rheinlandtaler in der Kategorie "Gesellschaft" im Jahr 2020 | 14/3548 B |
| 11. | Anfragen und Anträge | |
| 12. | Bericht aus der Verwaltung | |
| 13. | Verschiedenes | |

Beginn der Sitzung:	09:30 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	11:05 Uhr
Ende nichtöffentlicher Teil:	11:15 Uhr
Ende der Sitzung:	11:15 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird anerkannt.

Punkt 2

Niederschrift über die 20. gemeinsame Sitzung von Ausschuss und Beirat vom 10.10.2019

Gegen die Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt 3

Umsetzung des BTHG

Punkt 3.1

Sachstandsbericht zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) im LVR-Dezernat Soziales Vorlage Nr. 14/3713

Herr **Lewandrowski** führt in die Vorlage ein und berichtet, dass der LVR mit Hochtouren an der Umsetzung der Anforderungen aus dem Bundesteilhabegesetz arbeite. Die Zusammenarbeit mit dem NRW-Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales sei sehr gut, wie auch der als Tischvorlage zur Sitzung ausgeteilte Bericht des Landes zeige.

Frau **Schmitt-Promny** bittet darum, auch die kritischen Töne wahrzunehmen und zu benennen, wo Schwierigkeiten bei der Umstellung zu erwarten seien.

Frau **Romberg-Hoffmann** berichtet, dass aus ihrer Erfahrung heraus bei den Menschen mit Behinderungen in Wohneinrichtungen weiterhin große Unruhe und Verunsicherung bemerkbar sei. Überdies bemängelt sie, dass die EUTB-Beratungsstellen durch die Umstellung auf den BEI_NRW nicht mehr direkt an der Bedarfsermittlung mitwirken könne.

Herr **Lewandrowski** stellt klar, dass die EUTB-Beratungsstellen von Gesetzes wegen nicht als Akteur bei der Bedarfsermittlung des Leistungsträgers vorgesehen seien. Gleichwohl könnten und sollten sie die Antragsstellenden sehr wohl auch in Hinblick auf den (auch im Internet verfügbaren) BEI_NRW beraten und unterstützen.

Mit Blick auf Umsetzungsschwierigkeiten bedauert Herr **Lewandrowski**, dass nicht alle Mitgliedskörperschaften den vom LVR entwickelten Kurzantrag auf (Weiter-)Bewilligung existenzsichernder Leistungen ab dem 01.01.2020 verwenden würden. Überdies gäbe es

in einigen wenigen Einzelfällen im Rheinland Konflikte hinsichtlich der Übernahme örtlicher Angebote durch den LVR sowie hinsichtlich der Flächensteigerungen durch die Leistungserbringer.

Frau **Lubek** verdeutlicht, dass der LVR die Probleme, die die Umstellungen mit sich mitbringen könne, sehr wohl sehe. Sie machte deutlich, dass der LVR keine Politik auf dem Rücken der Menschen mit Behinderungen machen werde.

Der Sachstandsbericht zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) im LVR-Dezernat Soziales wird gemäß Vorlage Nr. 14/3713 zur Kenntnis genommen.

Punkt 3.2

Umsetzung BTHG: Rahmenvereinbarung zur Weiterentwicklung und Umsetzung des NRW-Weges zur Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit sehr hohem und/oder sehr besonderem Unterstützungsbedarf Vorlage Nr. 14/3718

Herr **Lewandrowski** zeigt sich erfreut, dass es gelungen sei, eine Regelung für die Fortsetzung des NRW-Weges zu finden.

Frau **Grimbach-Schmalfuß** erkundigt sich, welche Alternativen für selbst- und fremdgefährdende Menschen bestehen, die zum Teil vom Besuch einer Werkstatt ausgeschlossen seien.

Die **Beiratsvorsitzende** macht deutlich, dass es darauf ankomme, dass die Werkstätten alle Anstrengungen unternehmen, um auch diesem Personenkreis gerecht zu werden.

Herr **Lewandrowski** betont, dass NRW für diesen Personenkreis schon weiter gehe als andere Bundesländer. Alternativ zur Werkstatt würden bereits heute tagesstrukturierende Angebote genutzt.

Der **Ausschussvorsitzende** erläutert, dass sich die LVR-HPH-Angebote gezielt zur Aufgabe gemacht hätten, für diesen Personenkreis Versorgungslücken zu schließen.

Herr **Jacob** gibt zu bedenken, dass geeignetes Personal in den Werkstätten vorhanden sein müsse, um alle Zielgruppen adäquat zu fördern.

Der Bericht über die Rahmenvereinbarung zur Weiterentwicklung und Umsetzung des NRW-Weges zur Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit sehr hohem und/oder sehr besonderem Unterstützungsbedarf wird gemäß Vorlage Nr. 14/3718 zur Kenntnis genommen.

Punkt 4

Inklusiver Arbeitsmarkt

Punkt 4.1

Akquise von Mitarbeitenden mit Behinderung im LVR für die Laufbahngruppe 2, erstes und zweites Einstiegsamt (vormals gehobener und höherer Dienst); Haushalt 2019 Vorlage Nr. 14/3686

Frau **Boos** bittet mit Blick auf die Schwerbehindertenquote des LVR um eine differenzierte Darstellung, wie viele Mitarbeitende bereits bei Einstellung eine Schwerbehinderung hatten und wie viele erst im Laufe ihrer Erwerbstätigkeit beim LVR eine

Schwerbehinderung erworben haben.

Frau **Schmerbach** regt an, bei der Akquise von Fachkräften mit Behinderungen ggf. mit der kommunalen Ebene zu kooperieren.

Die Ausführungen der Verwaltung zur Akquise von Mitarbeitenden mit Behinderung im LVR für die Laufbahngruppe 2, erstes und zweites Einstiegsamt (vormals gehobener und höherer Dienst) werden gemäß Vorlage 14/3686 zur Kenntnis genommen.

Punkt 4.2

Förderung des zweijährigen Modellprojekts "Beschäftigung eines/einer „Fachberater*in für inklusive Bildung“ bei der Industrie- und Handelskammer zu Köln"

Vorlage Nr. 14/3671

Es gibt keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

Der Beschluss

"Die Förderung des zweijährigen Modellprojektes "Beschäftigung eines/einer „Fachberater*in für inklusive Bildung“ bei der Industrie- und Handelskammer zu Köln" in Höhe von 130.000,00 € aus Mitteln der Ausgleichsabgabe wird, wie in der Vorlage 14/3671 dargestellt, beschlossen.
wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 5

Kinderrechte

Punkt 5.1

Bedeutung der UN-Kinderrechtskonvention für die Arbeit der zentralen Adoptionsstelle

Vorlage Nr. 14/3712

Frau **Schmitt-Promny** bedankt sich für die sehr gute, informierende Vorlage. Sie appelliert dafür, weiterhin eine kritische Haltung zum Thema der Leihmutterchaften zu vertreten.

Die Bedeutung der UN-Kinderrechtskonvention für die Arbeit der zentralen Adoptionsstelle wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 5.2

Seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärken durch integrierte Behandlung und Rehabilitation durch Kinder- und Jugendpsychiatrie in den Regionen

Vorlage Nr. 14/3736

Es gibt keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

1. Der Bericht zur Umsetzung des Haushaltsbeschlusses 14/225 „Seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärken durch integrierte Behandlung und Rehabilitation durch Kinder und Jugendpsychiatrie und Jugendhilfe in den Regionen" wird zur Kenntnis genommen.

Der Beschlussvorschlag

"2. Zur Umsetzung des Haushaltsbeschlusses 14/225 „Seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärken durch integrierte Behandlung und Rehabilitation durch Kinder und Jugendpsychiatrie und Jugendhilfe in den Regionen; Haushalt 2019“ werden fünf Modellregionen gemäß Vorlage 14/3736 gefördert. Dazu werden in den folgenden vier Haushaltsjahren Haushaltsmittel im Umfang von 1.499.950,- €. bereitgestellt." wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 5.3

Kooperationen zwischen LVR-Förderschulen und allgemeinen Schulen sowie weiteren Partnern

Vorlage Nr. 14/3723

Es gibt keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

Die Ausführungen zu Kooperationen zwischen LVR-Förderschulen und allgemeinen Schulen sowie Partnern werden gemäß Vorlage Nr. 14/3723 zur Kenntnis genommen.

Punkt 6

Haushalt

Punkt 6.1

Vielfalt und Gerechtigkeit im LVR: Weiterentwicklung der Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit des LVR im Sinne des sog. Diversity-Ansatzes;

Haushalt 2020/2021

Antrag Nr. 14/308 SPD, CDU

Votum Beirat: Der Antrag wird **einstimmig** empfohlen.

Abstimmung Ausschuss: Der Antrag wird **einstimmig** empfohlen.

„Nur eine inklusive Gesellschaft ist eine Gesellschaft der gleichen Würde und gleichen Rechte für alle Menschen.“ Die in diesem Satz beschlossene Leitzielresolution des LA (auf gemeinsamen Antrag aller Fraktionen Nr. 14/267) vom 22.03.2019 hervorgehobene Werteausrichtung des Landschaftsverbandes Rheinland ist weiter zu konkretisieren. Dazu soll die Verwaltung darstellen, wie Aktions- und Maßnahmenpläne des LVR in den Bereichen der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK), des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes des Bundes (AGG), des Landesgleichstellungsgesetzes NRW (LGG) und der interkulturellen Öffnung der Verwaltung als Querschnittsthemen in und mit allen Dezernaten gemeinsam weiterentwickelt werden können. Auf dem Tag der Begegnung 2021 soll ein zentrales „LVR-Forum Vielfalt und Gerechtigkeit“ diese konsequente Werteausrichtung des LVR als kommunalen Aufgabenträger und öffentlichen Arbeitgeber sichtbar machen. Ggf. notwendige finanzielle Ressourcen sind aufzuzeigen.

Punkt 6.2

BTHG als Impulsgeber für inklusive Sozialraumorientierte Stadtteilentwicklung;

Haushalt 2020/2021

Antrag Nr. 14/286 CDU, SPD

Frau **Boos** macht darauf aufmerksam, dass der ländliche Raum nicht vernachlässigt werden dürfe.

Votum Beirat: Der Antrag wird **einstimmig** empfohlen.

Abstimmung Ausschuss: Der Antrag wird **einstimmig** empfohlen.

Die Verwaltung wird aufgefordert, ihre Zusammenarbeit mit den Mitgliedskörperschaften mit dem Ziel zu vertiefen, auf inklusive Sozialräume hinzuwirken und die individuell festgestellten Bedarfe der Menschen mit Behinderung mit fallübergreifender Stadtteilarbeit zu vernetzen. Über die abzuschließenden Kooperationsvereinbarungen des LVR mit seinen Mitgliedskörperschaften soll die Verwaltung auch unter Berücksichtigung dieses Ziels berichten.

Punkt 6.3

Modellprojekt Inklusiver Sozialraum Antrag Nr. 14/315 GRÜNE

Votum Beirat: Der Antrag wird **einstimmig** empfohlen.

Abstimmung Ausschuss: Der Antrag wird **einstimmig** empfohlen.

In einem Modellprojekt soll in drei Gebietskörperschaften im Rheinland erprobt werden, wie die Vorgaben der Sozialgesetzbücher IX und XII und der jeweiligen Landes Anpassungsgesetze NRW zur Gestaltung eines Inklusiven Sozialraums innovativ umgesetzt werden können. Es sollen Konzepte für die Entwicklung eines inklusiven Sozialraums erarbeitet und deren Umsetzung eingeleitet werden.

Folgende Aspekte sind dabei zu berücksichtigen:

- a. Wissensgewinnung über den betreffenden Sozialraum,
- b. Vernetzung vorhandener Akteure (z.B. kommunale Gremien und Verantwortungsträger, Vereine, Verbände, Leistungsanbieter, Selbstvertretungen),
- c. Gestaltung von Beteiligungsprozessen (z.B. Quartierskonferenzen),
- d. Abbau von Barrieren (ICF-orientiert in definierten Lebensbereichen).

Dafür werden ausreichende finanzielle Ressourcen für Projektkoordination und Sachkosten bereitgestellt. Die beteiligten Kommunen sollen sich an den jeweiligen Projektkosten beteiligen.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein entsprechendes Konzept zur Beschlussfassung vorzulegen.

Punkt 6.4

Antrag zum Doppelhaushalt 2020/2021: Fördertopf inklusive Spielgeräte Antrag Nr. 14/272/1 FREIE WÄHLER

Der Antrag wird von Herrn **Rehse**, Herrn **Solf**, Frau **Schmitt-Promny**, Frau **Schmerbach** und Herrn **Schittges** diskutiert.

Votum Beirat: Der Beirat stimmt **mehrheitlich** mit den Stimmen der Freien Wähler, des LBR-Pools, der Freien Wohlfahrtspflege, der Vertretung der Psychiatrie-Erfahrenen gegen die Stimmen der CDU, SPD, Grünen, Linken und FDP **für** den Antrag.

Abstimmung Ausschuss: Der Antrag wird **mehrheitlich** mit den Stimmen der CDU, SPD, Grünen, Linken und FDP gegen die Stimme der Freien Wähler **abgelehnt**.

Punkt 6.5

Gleichwertige Lebensverhältnisse an den LVR-Förderschulen und Förderung der schulischen Inklusion; Haushalt 2020/2021 Antrag Nr. 14/287 CDU, SPD

Votum Beirat: Der Antrag wird **einstimmig** empfohlen.

Abstimmung Ausschuss: Der Antrag wird **einstimmig** empfohlen.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wie durch ergänzende freiwillige Förderung Schülerinnen und Schülern im gebundenen Ganztags der LVR-Förderschulen an einer Ferienbetreuung im Sozialraum teilhaben können. Dabei wird auch die Zurverfügungstellung von geeigneten LVR-Förderschulen berücksichtigt. Sollten für die Schülerinnen und Schüler keine geeigneten Plätze in der Kommune zur Verfügung stehen, wird die Verwaltung beauftragt, ein entsprechendes Ferienangebot in Trägerschaft des LVR bzw. beauftragter Dritter zu entwickeln. Die entstehenden Kosten und Bedarfe sind zu ermitteln.

Punkt 6.6

Sicherstellung der Beschulung der Schüler*innen in den LVR-Förderschulen und Förderung der schulischen Inklusion; Haushalt 2020/2021 Antrag Nr. 14/283 CDU, SPD

Frau **Schmitt-Promny** betont, dass weiterhin die Fragestellung bleibe, wie die Inklusion an Regelschulen weiter gefördert werden könne.

Votum Beirat: Der Antrag wird **einstimmig** bei Enthaltung der Linken empfohlen.

Abstimmung Ausschuss: Der Antrag wird **einstimmig** bei Enthaltung der Linken empfohlen.

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der aktuellen Plandaten der Schulentwicklungsplanung die Beschulung der Schüler*innen in den Förderschwerpunkten, für welche die Landschaftsverbände als Schulträger gesetzlich verpflichtet sind, räumlich und organisatorisch sicherzustellen und frühzeitig in die entsprechenden Planungen einzusteigen. Dabei sind die pädagogischen Raumprogramme so auszugestalten, dass den Bedarfen der sonderpädagogischen Förderung unter besonderer Berücksichtigung des Gemeinsamen Lernens (z.B. Öffnung von Förderschulen) Rechnung getragen wird. Die hierfür erforderlichen personellen und sächlichen Mittel sind bereit zu stellen.

Gleichzeitig soll die Umsetzung der schulischen Inklusion an den allgemeinen Schulen im Rheinland seitens des LVR weiterhin befördert werden.

Punkt 6.7

Fortführung der LVR-Inklusionspauschale Antrag Nr. 14/330 GRÜNE

Der Antrag wird von Herrn **Solf**, Frau **Schmitt-Promny**, Herrn **Gabor** und der **Beiratsvorsitzenden** diskutiert.

Herr **Solf** und die **Beiratsvorsitzende** betonten, dass kein Dissens in der Sache bestehe, sondern lediglich das Ergebnis der Evaluierung abgewartet werden solle.

Votum Beirat: Der Beirat stimmt **mehrheitlich** mit den Stimmen der Grünen, der Linken, des LBR-Pools und der Vertretung der Psychiatrie-Erfahrenen **für den Antrag** gegen die Stimmen der CDU, SPD, FDP und Freien Wähler sowie bei Enthaltung der Freien Wohlfahrtspflege.

Abstimmung Ausschuss: Der Antrag wird **mehrheitlich** mit den Stimmen der CDU, SPD, FDP und Freien Wähler gegen die Stimme der Grünen und der Linken **abgelehnt**.

Punkt 6.8

Haushalt 2020/2021 Haushaltsanträge der Fraktionen: Fortführung der Inklusionspauschale

Antrag Nr. 14/334 Die Linke.

Votum Beirat: Der Beirat stimmt **mehrheitlich** mit den Stimmen der Linken, der Grünen, der FDP, des LBR-Pools, der Vertretung der Psychiatrie-Erfahrenen und der Freien Wohlfahrtspflege **für den Antrag** gegen die Stimmen der CDU, SPD und Freien Wähler.

Abstimmung Ausschuss: Der Antrag wird **mehrheitlich** mit den Stimmen der CDU, SPD und Freien Wähler gegen die Stimme der Grünen, der Linken und der FDP **abgelehnt**.

Punkt 6.9

Besuch von Schülerinnen und Schülern der LVR-Schulen in LVR-Museen

Antrag Nr. 14/323 GRÜNE

Herr **Woltmann** berichtet, dass die Verwaltung im Kulturausschuss beauftragt wurde, die Inhalte verschiedener Anträge zu diesem Thema mit entsprechenden Umsetzungsvorschlägen in einer Vorlage zur Beschlussfassung im Landschaftsausschuss zusammenzufassen.

Es erfolgt keine Abstimmung über diesen Antrag.

Punkt 6.10

Schulische Inklusion muss sich im Arbeitsleben fortsetzen; Haushalt 2020/2021 Antrag Nr. 14/282 CDU, SPD

Frau **Romberg-Hoffmann** und Herr **Jacob** weist darauf hin, dass das Erreichen von Schulabschlüssen auch an den Förderschulen enorm wichtig für den weiteren Karriereverlauf sei.

Frau **Schmitt-Promny** betont, dass man sich weiter bemühen müsse, andere Ausbildungsabschlüsse für Abgänger*innen von Förderschulen zu schaffen.

Votum Beirat: Der Antrag wird **einstimmig** empfohlen.

Abstimmung Ausschuss: Der Antrag wird **einstimmig** empfohlen.

1. Das LVR-Inklusionsamt wird mit der Durchführung einer empirischen Studie zu Gelingensfaktoren Übergang Schule/Beruf beauftragt. Die Finanzierung soll aus Mitteln der Ausgleichsabgabe erfolgen.
2. Das LVR-Inklusionsamt wird mit der Konzeption und Durchführung einer Fachtagung

zum Thema Fachpraktikerausbildung im Jahr 2020 beauftragt.

Punkt 6.11

Eltern beraten Eltern

Antrag Nr. 14/311 GRÜNE

Die Anträge Nr. 14/311 und 14/335 werden gemeinsam beraten.

Votum Beirat: Der Antrag wird einstimmig empfohlen.

Abstimmung Ausschuss: Unter Bezugnahme auf das Abstimmungsergebnis des Sozialausschusses fasst der Ausschuss **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss als **Prüfantrag an die Verwaltung:**

Als Prüfantrag an die Verwaltung: Der Landschaftsverband Rheinland setzt parallel zur Umsetzung des AG-BTHG an vier Standorten im Rheinland (zwei Städte, zwei Kreise) als Modellprojekt zusammen mit freien Trägern und Selbsthilfegruppen ein Angebot der Peerberatung „Eltern beraten Eltern“ für Eltern von Kindern mit Behinderung um. In den Haushaltsjahren 2020/21 werden für die vier Modellstandorte insgesamt 240.000 Euro p.a. zur Verfügung gestellt.

Das Modellprojekt „Eltern beraten Eltern“ wird durch Dritte evaluiert. Für die Evaluation des Modellprojektes werden in den Haushaltsjahren 2020/21 insgesamt 50.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Punkt 6.12

Haushalt 2020/2021 Haushaltsanträge der Fraktionen: Systemische Elternberatung

Antrag Nr. 14/335 Die Linke.

Die Anträge Nr. 14/311 und 14/335 werden gemeinsam beraten.

Votum Beirat: Der Antrag wird **einstimmig** empfohlen.

Abstimmung Ausschuss: Unter Bezugnahme auf das Abstimmungsergebnis des Sozialausschusses fasst der Ausschuss **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss als Prüfantrag an die Verwaltung:

Als Prüfantrag an die Verwaltung: Die Verwaltung wird beauftragt, in den Dezernaten 7 und 8 sowie an den einzelnen KoKoBe zu erheben, welche Beratungs- und Schulungsangebote für Eltern von Menschen mit geistigen Behinderungen vorhanden sind und wie diese genutzt werden. Darauf aufbauend soll eine Konzeption zur Erweiterung der bestehenden Beratungsangebote für Menschen mit geistigen Behinderungen um die Beratung ihrer Eltern erarbeitet werden. Gleichzeitig initiiert der LVR ein Modellprojekt Elternberatung, bei dem erfahrene Eltern andere Eltern beraten, deren Kinder in eine stationäre Einrichtung oder ins betreute Wohnen wechseln.

Punkt 6.13

Zertifikatskurs "Inklusion im Elementarbereich"

Antrag Nr. 14/312 GRÜNE

Der Antrag wird von Frau **Schmitt-Promny** und Frau **Boos** diskutiert.

Votum Beirat: Der Beirat lehnt den Antrag bei Enthaltung der externen Mitglieder des Beirates gegen die Stimmen der Grünen, Linken und FDP **mehrheitlich ab**.

Abstimmung Ausschuss: Der Antrag wird **mehrheitlich** mit den Stimmen der CDU, SPD und Freien Wähler gegen die Stimmen der Grünen, Linken und FDP **abgelehnt**.

Der LVR bietet über den Zeitraum von fünf Jahren (2020 – 2024) kostenfreie Zertifikationskurse „Inklusion im Elementarbereich“ für Kindertagespflegepersonen an. Dafür wird ein jährlicher Aufwand von 60.000.- Euro in den Haushalt eingestellt.

Punkt 6.14

Digitalisierung für Menschen mit Behinderung nutzbar machen; Haushalt 2020/2021

Antrag Nr. 14/289 CDU, SPD

Der Antrag wird von Herrn **Michel**, Herrn **Jacob**, dem **Ausschussvorsitzenden**, Frau **Romberg-Hoffmann**, der **Beiratsvorsitzenden**, Herrn **Gabor** und Frau **Boos** diskutiert.

Herr **Michel** berichtet für die Freie Wohlfahrtspflege, dass man die vorhandenen Fördermittel aufgrund anderer Prioritäten aktuell noch nicht habe voll ausschöpfen können. Das Programm sei aber gut, der Ausbau ebenfalls.

Frau **Romberg-Hoffmann** und Herr **Gabor** weisen kritisch darauf hin, dass die Digitalisierung nicht automatisch mit der Reduzierung von Kosten zusammengebracht werden dürfe. Digitalisierung sei vorteilhaft, bedeute jedoch nicht, dass Menschen mit Behinderungen nicht mehr auf persönliche Assistenz angewiesen zu seien. Es müsse auch immer eine Rückfalloption geben, falls die Technik ausfalle.

Herr **Jacob** macht ergänzend darauf aufmerksam, dass auch Menschen mit Lernbehinderungen an digitale Techniken herangeführt werden sollten.

Votum Beirat: Der Antrag wird **einstimmig** empfohlen.

Abstimmung Ausschuss: Der Antrag wird **einstimmig** empfohlen.

Die Verwaltung wird aufgefordert, die durch den LVR gewährte inklusive Bauprojektförderung im Rahmen der beschlossenen Mittel bedarfsgerecht auszuweiten, um insbesondere technische Gebäudeausstattung, die den üblichen Standard des Sozialen Wohnungsbaues übersteigen, zu fördern.

Punkt 6.15

Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten effektiv unterstützen! Haushalt 2020/2021

Antrag Nr. 14/288 CDU, SPD

Votum Beirat: Der Antrag wird **einstimmig** bei Enthaltung der Freien Wohlfahrtspflege empfohlen.

Abstimmung Ausschuss: Der Antrag wird **einstimmig** in der **erweiterten Fassung** des Sozialausschusses empfohlen.

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen,

1. wie zusätzliche präventive Maßnahmen zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit ausgestaltet werden können und
2. welche Maßnahmen ergriffen werden können, der besonderen Situation und

Bedürfnislage von **Frauen mit und ohne Kindern** mit besonderen sozialen Schwierigkeiten besser gerecht zu werden.

Punkt 6.16

Angemessene und rechtzeitige Hilfsmittelversorgung; Haushalt 2020/2021 Antrag Nr. 14/297 SPD, CDU

Votum Beirat: Der Antrag wird **einstimmig** empfohlen.

Abstimmung Ausschuss: Der Antrag wird **einstimmig** empfohlen.

Die Verwaltung wird beauftragt, im Hinblick auf die individuelle Hilfsmittelversorgung für Menschen mit Behinderungen darzustellen, welche konkreten Zuständigkeiten (z.B. Rehaträger, Eingliederungshilfe) bestehen und welche Verfahrenswege einzuhalten sind. Ein entsprechender Wegweiser für alle am Verfahren Beteiligten ist zu erstellen.

Punkt 7

Anfragen und Anträge

Es gibt keine Wortmeldungen.

Punkt 8

Bericht aus der Verwaltung

Es erfolgt kein Bericht der Verwaltung.

Punkt 9

Verschiedenes

Es gibt keine Wortmeldungen.

Duisburg, den 23.12.2019

Solingen, den 03.01.2020

Köln, den 17.12.2019

Der Ausschussvorsitzende

Die Beiratsvorsitzende

Die Direktorin des
Landschaftsverbandes
Rheinland

W Ö R M A N N

D A U N

L U B E K